kosten gestellt wird, nachdem der Hörgeräteakustiker das Hörgerät angepasst und dem Versicherten den Mehrbetrag in Rechnung gestellt hat.

Berufsrecht

OVG Nordrh.-Westf., Beschl. v. 28. 10. 2009 – 13 E 1327/09 –
Zum Streitwert hinsichtlich eines Verfahrens über eine Ruhens-
anordnung der ärztlichen Approbation

1. In Verfahren, in denen es um die Aufhebung einer Anordnung des Ruhens der Approbation als Arzt geht, wird

im Hauptsacheverfahren regelmäßig ein Streitwert von 35.000,00 € angenommen.

2. Eine Festsetzung des Streitwerts mit dem Auffangwert nach § 52 Abs. 2 GKG 2004 ist nicht gerechtfertigt, da die Streitwertfestsetzung in Verfahren mit dem o. a. Streitgegenstand grundsätzlich mit einem Schätzwert erfolgt, der sich an den mit einer Approbation verbundenen generellen Verdienstmöglichkeiten orientiert, und i. S. einer notwendigen pauschalierenden und typisierenden Bewertung gleichartiger Prozessbegehren ohne Differenzierung nach der konkreten (beabsichtigten) ärztlichen Tätigkeit.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/S00350-010-2604-6

Formularerklärungen in der Medizin – Rechtliche Kontrollmaßstäbe für Einwilligungen in der medizinischen Heilbehandlung und Forschung.

Von Patrick Gödicke. (Jus Privatum Bd. 135). Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2008, XXIV u. 545 S., geb., € 109,00

Bei dem hier anzuzeigenden Werk handelt es sich um eine Gießener Habilitationsschrift, die – wie das Vorwort des Werkes ergibt – durch die Tätigkeit des Verfassers als juristisches Mitglied der Ethik-Kommission des Fachbereichs Medizin der Universität Gießen angeregt worden ist. Aus dieser Herkunft erklärt sich auch der gegenüber dem Obertitel, der zunächst thematisch weitergehende Erwartungen weckt, begrenzende Untertitel. Es geht in der Schrift also weniger um die Analyse der wichtigsten praxisrelevanten Klauselprobleme im Medizinrecht, von denen es viele gibt (s. dazu auch die vom Verfasser nicht berücksichtigte Arbeit von Kutlu, AGB-Kontrolle bei stationärer Krankenhausaufnahme, 2006), sondern im Wesentlichen geht es um die Frage, inwieweit die Vorschriften über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (§§ 305 ff. BGB) für die Kontrolle von schriftlichen Einwilligungs- und Aufklärungsformularen nutzbar gemacht werden können.

Dazu erörtert der Verfasser im ersten Teil zunächst das rechtstat-sächliche Auftreten entsprechender Formulare im Bereich der medizinischen Forschung (S. 16 ff.) und im Bereich der Heilbehandlung (S. 26 ff.). Dem folgt eine ausführliche Grundlegung in Bezug auf die Einwilligung nebst Aufklärung im Arztrecht. Mit *Ohly* („Volenti non fit iniuria“, 2002) gelangt der Verfasser dabei zur rechtsgeschäftlichen Natur der Einwilligung, wenn auch recht relativierend „weniger aus sachlich-dogmatischen Erwägungen“. Überzeugend folgt der Verfasser der klassischen Körperverletzungsdoktrin im Zivil- und im Strafrecht (S. 93 ff.). Dabei differenziert er zwischen dem Zweck der Einwilligung (als Ausdruck eines freien Verfahrenkönnens nach Belieben des Rechtsgutträgers) und der Aufklärung, die weniger dem Schutz der körperlichen Integrität als vorrangig dem Schutz der Selbstbestimmung dienen soll.

Im zweiten Teil untersucht der Verfasser dann „Notwendigkeit und Grenzen einer Abstrahierung persönlicher Motivsphären bei der Aufklärung und Einwilligung des Rechtsgutträgers“ (S. 139–263). Er geht hierbei auf das Spannungsverhältnis zwischen dem Erfordernis einer mündlichen Aufklärung einerseits und der Übergabe von

Formularen andererseits sehr sorgfältig ein (S. 200 ff.). Die problematische Schluckimpfungs-Entscheidung des BGH (NJW 2000, 1784) erörtert er zu Recht mit merklicher Reserve.

Der dritte Teil ist schließlich den rechtlichen Kontrollmaßstäben für die Abgabe, dem Inhalt und der Transparenz medizinischer Formularerklärungen gewidmet (S. 265–511). Zu Recht bemerkt der Verfasser, dass die §§ 305 ff. BGB zwar analog angewendet können, kaum aber i. S. einer Gesamtanalogie. Insbesondere hebt der Verfasser die Rechtsnatur des Arztvertrages als Verbrauchervertrag hervor (was übrigens auch im Internationalen Privat- und Prozessrecht anerkannt ist), wenngleich allein dieser Aspekt eine Analogie noch nicht trägt. Gleichwohl verdient die vom Verfasser hervor gehobene, typischer Weise bestehende strukturelle Unterlegenheit von Patienten gegenüber der Behandlungsseite in der Tat der Hervorhebung (S. 318 ff.). Im Übrigen unterscheidet der Verfasser zu Recht zwischen der Einbeziehungskontrolle (S. 338 ff.) mit einer sorgfältigen und überzeugenden Analyse der sog. Sektionsklauseln (S. 364 ff.) und der Inhaltskontrolle (S. 376 ff.). Letztere ist wegen des fehlenden Gestaltungsspielraums des Arztes kaum passend, weswegen die §§ 307 ff. BGB nicht, auch nicht analog, anzuwenden sind. Dem Untertitel entsprechend sehr knapp sind die Ausführungen des Verfassers zu der praktisch überaus wichtigen Frage der vermögensrechtlich ausgerichteten Formularinhalte, insbesondere im Hinblick auf die Honorierung, ausgefallen (S. 391 ff.). Weiter werden in diesem Kontext die Beispiele der inneren Leichenschau und der Überlassung isolierter Körpersubstanzen zum Zwecke der medizinischen Forschung erörtert (S. 398 ff.). Wichtig auch im Hinblick auf den Problembereich von Einwilligung und Aufklärung ist demgegenüber die Transparenzkontrolle (S. 416 ff.). Der Verfasser zeigt einleuchtend, dass hier der Schwerpunkt einer möglichen analogen Anwendung von AGB-Regeln liegt, und analysiert die entsprechenden Erscheinungen bis hin zu Beipackzetteln von Medikamenten (S. 455 ff.).

Die Lektüre der Arbeit hat deutlich gemacht, wie sinnvoll und weiterführend es ist, zur Analyse des nur scheinbar eng zugespitzten Untertitels der Schrift eine an der klassischen Zivilrechtsdogmatik und Interessenanalyse ausgerichtete Untersuchung zu entfalten. Auch wenn die Rechtsprechung bislang die AGB-Regeln auf Einwilligungs- bzw. Aufklärungsformulare noch nicht (auch nicht analog) angewendet hat, und auch wenn der BGH im gebührenrechtlichen Kontext sog. Stellvertretungsklauseln äußerst großzügig als Individualerklärungen zulässt (MedR 2008, 155; das Ankreuzen auf vorformulierten Erklärungen kann danach als Individualvereinbarung angesehen werden): Jedenfalls hat der Verfasser eine in dieser Tiefe bislang nicht verfügbare Analyse des möglichen Fruchtbarmachens von AGB-Regeln im Kontext von Einwilligung und Aufklärung im Medizinrecht vorgelegt. Darin liegt das wesentliche Verdienst der Schrift von Gödicke.